



## Niederschrift

### 70. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 30.05.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:55 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	ab 17:45 Uhr
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	bis 19:50 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	bis 17:50 Uhr
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	17:50 - 19:50 Uhr
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 19:10 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 19:10 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	

#### Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
---------------------	----------------	--------------

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Prof. Dorgerloh, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten  
Herr Prof. Battis, Humboldt- Universität zu Berlin  
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam  
Vertreter der Bürgerinitiative Babalsberger Park  
Herr Richter KIS  
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit  
Herr Weise, Geschäftsstelle GB 4  
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung  
Herr Lehmann, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09.05.2007
- 2 Beirat für den Babelsberger Park  
Vorlage: 07/SVV/0306  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 3 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam über die Übertragung von Vollstreckungsaufgaben  
Vorlage: 07/SVV/0334  
Oberbürgermeister, SB Service und Berichtswesen
- 4 Öffentliche Nutzung des Schlossparks Babelsberg  
Vorlage: 07/SVV/0298  
Fraktion CDU
- 5 Straßenumbenennungen im Zuge der Gemeindegebietsreform  
Vorlage: 07/SVV/0217  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 6 Demographie-TÜV  
Vorlage: 07/SVV/0300  
Fraktion CDU
- 7 Direktabrechnung Straßenreinigung  
Vorlage: 07/SVV/0305  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 8 Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises  
Vorlage: 07/SVV/0347  
Fraktion Die Andere
- 9 Zurückziehen von Anträgen und Beschlussvorlagen  
Vorlage: 07/SVV/0363  
Fraktion Die Andere
- 10 Externe Stellenbesetzung "Sachbearbeiter/in Verkehrsplanung (1)"  
Vorlage: 07/SVV/0447  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 11 Externe Stellenbesetzung "Sachbearbeiter/in Verkehrsplanung (2)"  
Vorlage: 07/SVV/0448  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

- 12 Entscheidung über die alternative Verkehrsführung in der Potsdamer Mitte  
Vorlage: 07/SVV/0487  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 13 Bericht zur Gestaltung des Areals "Speicherstadt"  
Punkt 5 der B-Plan begleitenden Festlegungen zum Landtagsneubau
- 14 Mitteilungen der Verwaltung
- 14.1 Verwendung der Hauptstadtmittel für die Stiftung Baukultur
- 15 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09.05.2007**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die DS 07/SVV/0141, Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) in die Tagesordnung aufzunehmen, den TOP 6 Demographie-TÜV, DS 07/SVV/0300 zurückzustellen, da das Votum des Ausschusses für Gesundheit und Soziales noch nicht vorliegt und unter Mitteilungen der Verwaltung einen Sachstandsbericht bezüglich der Villa Gericke aufzunehmen. Dazu habe er Prof. Battis von der Humboldt- Universität zu Berlin eingeladen, der dazu im nicht öffentlichen Teil Informationen geben werde.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 69. Sitzung vom 09.05.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung, bestätigt.

#### **zu 2 Beirat für den Babelsberger Park**

**Vorlage: 07/SVV/0306**

Fraktion DIE LINKE. PDS

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Herrn Prof. Dorgerloh und schlägt vor, die TOP 2 und 4 zusammen zu behandeln, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. PDS ein und verweist darauf, dass dieser relativ allgemein gehalten sei. Anliegen sei es, die

Bevölkerung in geeigneter Form einzubeziehen.

Herr Bretz betont bei der Einbringung des Antrages der Fraktion CDU, dass dieser auf einen Interessenausgleich zwischen den Nutzern und der Stiftung ziele. Die derzeit laufenden Gespräche sollten abgewartet und der Antrag erst **später wieder aufgegriffen** werden, um zu sehen, was auf dem gemeinsamen Weg erreicht wurde.

Anschließend führt Herr Prof. Dorgerloh aus, dass der Interessenausgleich genau das Ziel der Stiftung sei. Ausflüge, Joggen, Picknick etc. sollen auch weiterhin möglich sein und seien nicht verboten. Die Frage sei allerdings, wo und in welchem Maße man das machen könne. Hier sei die Stiftung der Meinung, so wenig wie möglich Ausnahmeregelungen zuzulassen, sondern Regeln zu erlassen, die für alle gelten. Die Stiftung sei im Gespräch mit Kitas, Schulen, dem Oberlinhaus und anderen. Dieser Dialog solle auch weitergeführt werden, und zwar lösungsorientiert und Möglichkeiten prüfend. Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung habe mit ihm eine Ortsbegehung vereinbart, die im Juli mit Stadtverordneten stattfinden werde. Er spricht sich im Weiteren dafür aus, keine Gremienstruktur festzulegen, sondern offen für alle zu bleiben, ohne jemanden aus- oder einzuladen.

Auf das von Herrn Bretz beantragte Rederecht für die Bürgerinitiative verzichtet diese und bittet, es zu einem späteren Zeitpunkt wahrnehmen zu können, da die dafür vorgesehenen Vertreter zur Sitzung nicht anwesend seien.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg darauf, dass den Stadtverordneten bewusst sei, dass der Stiftung nicht per Beschluss „etwas übergeholfen werden könne“ und der Antrag der Fraktion DIE LINKE. PDS als Anregung und Empfehlung zu verstehen sei. Er wisse, dass Herr Prof. Dorgerloh dem offen gegenüberstehe und wenn der Antrag in diesem Sinne verstanden werde, habe er sich erledigt.

Frau Kirchner fragt nach, ob eine Prüfung der Einhaltung der Verbote und eine Auswertung Mitte Juni vorgesehen sei, z.B. in Form einer Liste oder ob diese Auswertung auch die Ergebnisse des Dialogs enthalten werde. Herr Prof. Dorgerloh antwortet darauf, dass es bei der genannten Auswertung nicht um eine numerische Auflistung der Verstöße gehe, sondern darum, ob die Angebote z.B. zum Rad fahren angenommen werden oder die Anzahl der Müllbehälter und die Anzahl der Parkbänke ausreiche u.ä. Im Mittelpunkt sollen die Themen stehen, die auch mit der Bürgerinitiative besprochen werden.

Frau Paulsen fragt nach, wie mit den Bürgern bezüglich des Neuen Gartens das Gespräch gesucht werde, da auch er davon betroffen sei. Der Neue Garten, so Herr Prof. Dorgerloh, sei nicht das gravierende Problem. Hier sei man im Gespräch z.B. mit der Evangelischen Grundschule oder dem Treffpunkt Freizeit – also mit Nutzern, die spezielle Anliegen haben.

Der Oberbürgermeister schlägt eine erneute Beratung vor, in der die Ergebnisse der Annahme der getroffenen Regelungen und deren Modifizierungsbedarf besprochen werden. Bis dahin sollten die Forderungen der Fraktion CDU in die Diskussion mit einfließen. Diese Beratung sollte zum Abschluss der Saison im Oktober/November stattfinden.

Herr Bretz bittet, darüber schon im **September** zu beraten, um zu sehen, ob die Entwicklung „in die richtige Richtung“ gehe. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 3      Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam über die Übertragung von Vollstreckungsaufgaben**  
**Vorlage: 07/SVV/0334**

Oberbürgermeister, SB Service und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen, da es dazu noch Klärungsbedarf gebe.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 4      Öffentliche Nutzung des Schlossparks Babelsberg**  
**Vorlage: 07/SVV/0298**

Fraktion CDU

Siehe Punkt 2

**zu 5      Straßenumbenennungen im Zuge der Gemeindegebietsreform**  
**Vorlage: 07/SVV/0217**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Frau E. Müller verweist auf die vorliegenden Beratungsergebnisse der betroffenen Ortsbeiräte und bittet um die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Auf Nachfrage von Herrn Schubert werden die Änderungen noch einmal konkret benannt. Der Ortsbeirat **Fahrland** habe die Umbenennung der Straße „Am Weinberg“ in „Fahrländer Weinberg“ abgelehnt, da der Ortsbeirat Groß Glienicke die Umbenennung der dortigen Straße „Am Weinberg“ in „Alter Weinberg“ beschlossen habe und somit eine weitere Änderung in Fahrland nicht notwendig sei. Dem könne sich die Verwaltung anschließen.

Der Ortsbeirat **Neu Fahrland** hat in seiner Sitzung am 23.04.2007 beraten und beschlossen auf der Seite 3, Begründung, unter 1. „Am Parkplatz“ (Marquardt - **Neu Fahrland** – Paaren) den Ort **„Neu Fahrland“ zu streichen**. Auch dagegen erhebt sich seitens der Verwaltung kein Widerspruch.

**Der Oberbürgermeister stellt die Vorlage mit den beiden genannten Änderungen zur Abstimmung:**

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Beschluss vom 11. Januar 2006, Vorlage Nr. 05/SVV/1086, zur Umbenennung von Straßen in den neuen Ortsteilen wird aufgehoben.
2. Die in der Anlage 1 benannten Straßen in den aufgeführten neuen Ortsteilen der Landeshauptstadt Potsdam werden gemäß Anlage umbenannt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 6**      **Demographie-TÜV**  
**Vorlage: 07/SVV/0300**  
Fraktion CDU  
zurückgestellt

**zu 7**      **Direktabrechnung Straßenreinigung**  
**Vorlage: 07/SVV/0305**  
Fraktion DIE LINKE. PDS

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass die Möglichkeit geprüft wurde, die Abrechnung der Straßenreinigungsgebühren durch die Stadtwerke ausführen zu lassen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass es möglich sei und nun sollte das auch so gemacht werden. Die Kapazitäten seien vorhanden und er meine, dass sich daraus auch Synergieeffekte ergeben werden.

Frau E. Müller verweist in ihren Ausführungen auf die Mitteilungsvorlage 07/SVV/0278, in der deutlich gemacht wurde, was in diese Übertragung einfließen könne und was nicht. Darüber hinaus seien die Kosten der Inanspruchnahme der STEP als so genannte Verwaltungshelfer zu ermitteln.

Darauf Bezug nehmen stellt Herr Schubert folgenden **Änderungsantrag**:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Angebot für die Abrechnung der Straßenreinigungsgebühren durch die Stadtwerke Potsdam einzuholen.*

Herr Schüler schließt sich diesem Änderungsantrag an, da er seine Vorstellungen „treffe“ und die Kostenfrage geklärt werde.

Dies, so Herr Dr. Scharfenberg, könne er nicht nachvollziehen, da seit über einem Jahr der Fakt geprüft werde und auch sicher die Kosten ermittelt wurden. In Anbetracht der vollen Tagesordnung wolle er sich dem nicht verweigern, bittet aber um einen straffen Termin, so dass das Ergebnis in 4 Wochen vorliege. Diesem Terminvorschlag stimmt Herr Schubert zu und meint, nach der Sommerpause solle eine Entscheidung gefällt werden können.

Herr Krause bittet darum das „Preisblatt“ der STEP mit vorzulegen.

Der Änderungsantrag der Fraktion SPD wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Angebot für die Abrechnung der Straßenreinigungsgebühren durch die Stadtwerke Potsdam einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 8**      **Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises**  
**Vorlage: 07/SVV/0347**  
Fraktion Die Andere

Frau Kirchner bringt die Vorlage ein. Der Oberbürgermeister verweist anschließend auf den Beschluss 07/SVV/0307 vom 02.05.2007, in dem der Oberbürger-

meister beauftragt wurde

**„ ... im September 2007 eine Übersicht über die Entwicklung der von der EWP erhobenen Energiepreise im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kosten und Erlöse, insbesondere der Einkaufspreise, für den Zeitraum seit 2000 vorzulegen.“**

und fragt die Antragstellerin, ob damit dem Anliegen Rechnung getragen sei. Frau Kirchner schlägt vor, die DS 07/SVV/0347 bis September 2007 zurückzustellen, um zu prüfen, ob das Anliegen mit der genannten Übersicht erfüllt sei und dann über die DS zu entscheiden.

## **zu 9 Zurückziehen von Anträgen und Beschlussvorlagen**

**Vorlage: 07/SVV/0363**

Fraktion Die Andere

Herr Exner verweist in seinen Ausführungen auf die vom Rechtsamt vorgelegte Klarstellung. Zwischenzeitlich habe es eine Rückkopplung mit der Kommunalaufsicht gegeben, die keine Vorbehalte gegen die vom Rechtsamt vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung habe. Somit stehe der Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die Geschäftsordnung nichts mehr im Wege. Der Oberbürgermeister meint, dass sich der Ältestenrat zu dieser Thematik verständigen sollte.

Frau Kirchner verweist namens der Antragstellerin darauf, dass es neben der Stellungnahme des Rechtsamtes eine weitere Stellungnahme einer Anwaltskanzlei gebe, die die Fraktion BürgerBündnis/FDP vorgelegt habe. Da Frau Bankwitz nicht anwesend ist und somit die Stellungnahme nicht erläutern könne, schlage sie vor, den Antrag zurückzustellen und alle Fraktionsvorsitzenden einzuladen, um das Thema zu diskutieren. Eine Beratung im Ältestenrat halte sie nicht für sinnvoll. Herr Schüler betont, dass er ein Zurückziehen von Anträgen durch die Antragsteller für falsch halte; das sollte der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten bleiben. Einen Antrag einzubringen und weiter „Herr des Antrags“ zu bleiben, sei nicht möglich. Die Stadtverordnetenversammlung müsse wissen, was sie wolle und das in die Geschäftsordnung aufnehmen.

Der Oberbürgermeister meint, dass der Ältestenrat schon das richtige Gremium sei, zumal alle Fraktionsvorsitzenden darin vertreten sind.

## **zu 10 Externe Stellenbesetzung "Sachbearbeiter/in Verkehrsplanung (1)"**

**Vorlage: 07/SVV/0447**

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 461 000 12 „Sachbearbeiter/in Verkehrsplanung (1)“ im Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung wird mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden, befristet für 2 Jahre mit der Option der Verlängerung, extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 11 Externe Stellenbesetzung "Sachbearbeiter/in Verkehrsplanung (2)"  
Vorlage: 07/SVV/0448**

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 461 000 13 „Sachbearbeiter/in Verkehrsplanung (2)“ im Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung wird mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden, befristet für 2 Jahre mit der Option der Verlängerung, extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 12 Entscheidung über die alternative Verkehrsführung in der Potsdamer Mitte  
Vorlage: 07/SVV/0487**

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Der Oberbürgermeister verweist auf die im Vorfeld geführte intensive Diskussion zu diesem Thema, in der sich erwiesen habe, dass die bisher gültige Beschlusslage die günstigere Variante bezüglich der Verkehrsführung enthalte. Insofern stelle er die Frage, inwieweit der Hauptausschuss in die Diskussion einsteigen wolle.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass sich die Verkehrsprobleme mit der Bebauung der Potsdamer Mitte erheblich verschärfen werden und es Ziel der Fraktion DIE LINKE. PDS sei, eine optimale Verkehrsvariante zu finden. Das Ergebnis der Prüfung habe ergeben, dass der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. PDS prinzipiell machbar sei, allerdings Probleme hervorrufe, die vorher nicht bekannt waren. Außerdem ergeben sich auch bei der Verwaltungsvariante Probleme, die noch nicht gelöst seien. Die Fraktion DIE LINKE. PDS werde sich jedoch der Verkehrsführung entsprechend der bisherigen Beschlusslage anschließen, jedoch unter den im Ergänzungsantrag zu prüfenden Prämissen.

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. PDS zum Punkt 2 des Beschlusstextes:**

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen zur Verkehrserschließung der Potsdamer Mitte unter folgenden Prämissen anzupassen:*

- *Es ist sicherzustellen, dass optimale Bedingungen für die Abwicklung des ÖPNV garantiert werden, wobei sich der Verkehr der Straßenbahnen und Busse gegenüber dem Ist-Stand 2007 nicht verschlechtert und zu erwartende künftige Anforderungen einzubeziehen sind.*
- *Es ist sicherzustellen, dass kein Durchgangsverkehr über die Straße „Am Alten Markt“ geführt wird. Weiterhin ist abzusichern, dass Verkehrsverlagerungen zum Knoten Breite Straße / Zeppelinstraße vermieden sowie unverträgliche Belastungen von der Yorckstraße / Dortustraße ferngehalten werden. Dabei ist eine stauarme Abwicklung des Kfz-Verkehrs auf dem Hauptstraßennetz der Landeshauptstadt Potsdam durchgehend zu sichern.*
- *Die verkehrliche Auswirkung der Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur in*

*der Potsdamer Mitte ist auch hinsichtlich weiträumiger Auswirkungen der Verlagerung des Kfz-Verkehrs auf Basis realer und belastbarer Werte des Verkehrsaufkommens zu untersuchen. Notwendig werdende verkehrsorganisatorische und bauliche Maßnahmen sind unter den zwei Grundsätzen des Schutzes der Anwohner vor Beeinträchtigungen und der insgesamt flüssigen Verkehrsabwicklung zu entwickeln und vorzuschlagen.*

- *Alle erforderlichen Maßnahmen sind rechtzeitig finanziell abzusichern und vor der Neuordnung des Verkehrs in der Potsdamer Mitte umzusetzen. Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung bis Oktober 2007 ein Maßnahmenkatalog vorzulegen.*

*Die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer ist zu gewährleisten. Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen sowie der Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft sind laufend zu informieren.*

Der Oberbürgermeister begrüßt die Kompromissbereitschaft der Fraktion DIE LINKE. PDS und stellt den o.g. Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung zur verkehrlichen Erschließung (gemäß 06/SVV/0991) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen zur Verkehrserschließung der Potsdamer Mitte unter folgenden Prämissen anzupassen:
  - Es ist sicherzustellen, dass optimale Bedingungen für die Abwicklung des ÖPNV garantiert werden, wobei sich der Verkehr der Straßenbahnen und Busse gegenüber dem Ist-Stand 2007 nicht verschlechtert und zu erwartende künftige Anforderungen einzubeziehen sind.
  - Es ist sicherzustellen, dass kein Durchgangsverkehr über die Straße „Am Alten Markt“ geführt wird. Weiterhin ist abzusichern, dass Verkehrsverlagerungen zum Knoten Breite Straße / Zeppelinstraße vermieden sowie unverträgliche Belastungen von der Yorckstraße / Dortustraße ferngehalten werden. Dabei ist eine stauarme Abwicklung des KFZ-Verkehrs auf dem Hauptstraßennetz der Landeshauptstadt Potsdam durchgehend zu sichern.
  - Die verkehrliche Auswirkung der Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur in der Potsdamer Mitte ist auch hinsichtlich weiträumiger Auswirkungen der Verlagerung des KFZ-Verkehrs auf Basis realer und belastbarer Werte des Verkehrsaufkommens zu untersuchen. Notwendig werdende verkehrsorganisatorische und bauliche Maßnahmen sind unter den zwei Grundsätzen des Schutzes der Anwohner vor Beeinträchtigungen und der insgesamt flüssigen Verkehrsabwicklung zu entwickeln und vorzuschlagen.
  - Alle erforderlichen Maßnahmen sind rechtzeitig finanziell abzusichern und vor der Neuordnung des Verkehrs in der Potsdamer Mitte umzusetzen. Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung bis Oktober 2007 ein Maßnahmenkatalog vorzulegen.  
Die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer ist zu gewährleisten. Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen sowie der Ausschuss für Ordnung,

Umwelt und Landwirtschaft sind laufend zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 13**

**Bericht zur Gestaltung des Areals "Speicherstadt"**

Punkt 5 der B-Plan begleitenden Festlegungen zum Landtagsneubau

Herr Goetzmann erläutert an Hand visueller Darstellung die Ausgangsbedingungen bei der Gestaltung des Areals "Speicherstadt" und die Bemühungen, diese zu verbessern. Für die gezielte Entwicklung sei Herr Vollbrecht als ein gemeinsamer Beauftragter benannt worden. Herr Goetzmann verweist in seinen Ausführungen auf ein starkes Nord-Süd-Gefälle der Bedingungen für die Reaktivierung der Brache. So sei im Süden bereits eine Fixierung inhaltlicher Ziele, im Norden erst eine Fixierung der Verfahrensregeln möglich. Derzeit werde vorrangig an einer inhaltlichen Profilierung und der Marktpositionierung gearbeitet. Der unterschiedliche Konkretisierungsbedarf hindere derzeit an einer schnellen Auslegung. Ziel sei derzeit ein Vertrag mit den beteiligten Akteuren, um sie an die fixierten inhaltlichen Ziele zu binden und das Verfahren der weiteren Konkretisierung voranzutreiben. Im Herbst werde den Stadtverordneten der Entwurf eines städtebaulichen Vertrages vorgelegt.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass er den Versuch der Erstellung einer Gesamtkonzeption sehr begrüße. Er fragt nach, ob in die Planung auch eine Veranstaltungshalle einbezogen sei. Er sehe hier eine Konkurrenzsituation, da auch in Babelsberg dazu Vorbereitungen getroffen werden. Herr Goetzmann antwortet darauf, dass auch das mit zum „Entscheidungsbedarf der inhaltlichen Zielausrichtung“ gehöre, weiterhin geprüft und mit den Ergebnissen im Herbst vorgelegt werde. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter nach der Anzahl der Partner, die mit dem städtebaulichen Vertrag zu tun haben, antwortet Herr Goetzmann, dass es zwei Partner seien und einer davon die Pro Potsdam. Die Nachfrage von Herrn Schubert, ob auch die Ansiedlung der Stadt- und Landesbibliothek in der weiteren Planung eine Rolle spiele, verneint Herr Goetzmann.

**neu**

**Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)**

**Vorlage: 07/SVV/0141**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Dr. von Kuik-Frenz verweist auf die in der Fassung vom 10.04.2007 enthaltenen Ergebnisse der Diskussion im Fach- und Bürgerforum sowie auf die Anregungen und Änderungen aus den Ausschüssen und Ortsbeiräten. Der Oberbürgermeister informiert, dass mittlerweile auch der Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft die Vorlage behandelt und ihr zugestimmt habe. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass man die im Laufe der Diskussion geänderten Rahmenbedingungen zur Kenntnis nehmen musste, mit der sich auch der Umgang mit dem INSEK ändere, da es nun jährlich angepasst werde. Aus dieser jährlichen Anpassung ableitend schlägt Herr Dr. Scharfenberg die Streichung des Punktes 17 im Teilkonzept Heimatstadt – Familienwohnen im Schäferfeld vor. Dazu laufe noch ein Prüfauftrag und wenn die Ergebnisse dazu vorliegen, könne der Punkt 17 im nächsten Jahr wieder aufgenommen werden. Dem schließt sich Herr Schubert an, da hier „nichts dränge“.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. PDS:

Streichung Punkt 17 im Teilkonzept „Heimatstadt“ – Familienwohnen im Schäferfeld

wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: 13 Ja- Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) wird Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns. Das Konzept wird jährlich überprüft und aktualisiert, dabei wird die Öffentlichkeit an der Fortschreibung beteiligt.

Schlüsselmaßnahmen F.1-4 (Innenstadt, Luftschiffhafen, Speicherstadt / Brauhausberg und Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld) werden für eine Antragstellung für eine EFRE-Spitzenförderung ab 2007 vorgesehen. Die Konkretisierung und Priorisierung der Einzelprojekte erfolgt in einem weiteren Schritt; dazu sind die genauere Kenntnis der Förderprogramme und weitere kommunalpolitische Beschlüsse nötig. (s. Anlage Teil A)

Die Änderungen und Ergänzungen aus den Ausschüssen und Ortsbeiräten werden in das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aufgenommen. (s. Anlage Teil B)

Die Anregungen und Projektvorschläge aus dem Fach- und Bürgerforum werden zunächst in den Anhang zum INSEK übernommen. Nach einer Prüfung durch die Verwaltung entscheidet die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Fortschreibung des INSEK über die Berücksichtigung bzw. Aufnahme der Projektvorschläge. (s. Anlage Teil C)

Im Weiterem empfiehlt der Hauptausschuss, den Punkt 17 im Teilkonzept „Heimatstadt“ – Familienwohnen im Schäferfeld zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

**zu 14      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 14.1    Verwendung der Hauptstadtmittel für die Stiftung Baukultur**

Die von Frau Dr. von Kuick-Frenz dazu genannten Daten werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**neu        Villa Gericke - Vorwürfe im Magazin "Der Spiegel"**

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass dazu drei Sachverhalte „zu beleuchten“ seien.

Das sei erstens der Vorwurf, der Investor habe eine Teilbescheinigung erhalten,

auf die er regulär keinen Anspruch gehabt hätte. Hierzu sei festzustellen, dass nach § 7i EstG für ein im Inland gelegenes, denkmalgeschütztes Gebäude eine erhöhte Absetzung von Herstellungskosten für eine einzelne Baumaßnahme auch dann vorgenommen werden könne, wenn diese ein Teil einer Gesamtbau- maßnahme sei, vorausgesetzt, die einzelne Baumaßnahme sei sachlich ab- grenzbar und als solche abgeschlossen. Bestätigt wird dies durch ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom 20.08.2002. Dies treffe auf den vorliegenden Fall zu, so dass sich daraus keine Bevorzugung eines Investors ableiten lasse.

Den zweiten Vorwurf, der Investor sei durch die Intervention des Oberbürger- meisters an der „wartenden Reihe vorbei“ und damit mit einem Zeitvorteil behan- delt worden, weise er ausdrücklich zurück. Der Investor habe drei Bescheinigun- gen nach § 7i EstG beantragt und zwei von der Unteren Denkmalschutzbehörde auch erhalten. Nachdem zur dritten Teilbescheinigung keine Aussagen getroffen wurden, habe sich der Investor an den Oberbürgermeister mit der Bitte um Unter- stützung gewandt. Nach Rücksprache mit der Verwaltung habe er angewiesen, auch die dritte Teilbescheinigung zu bearbeiten.

Der dritte Vorwurf, er habe ein Bußgeldverfahren vereitelt, treffe nicht zu, weil weder ein Bußgeldverfahren angedroht, noch eingeleitet wurde. In einem Schrei- ben von Herrn Kalesse wurde darauf hingewiesen, dass Ordnungswidrigkeiten nach brandenburgischem Denkmalrecht gem. § 26 Abs. 4 mit Geldbußen bis zu 500.000 Euro geahndet werden können. Das habe scheinbar zu Irritationen ge- führt, die in einem Gespräch mit dem Investor, Frau Dr. von Kuick-Frenz und Herrn Kalesse klargestellt wurden. Dass mit dem Schreiben kein Bußgeld ange- droht wurde, habe der Investor dann auch akzeptiert.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der Oberbürgermeister die rechtliche Zu- lässigkeit des Verfahrens in seiner Ausführungen verdeutlicht habe und fragt nach, in wie vielen Fällen die Verwaltung in der von dem sonst üblichen Verfah- ren abgewichen sei und in wie vielen Fällen der Oberbürgermeister derartige Ver- fahren beeinflusst habe. Der Oberbürgermeister antwortet, dass bezüglich des ersten Teils der Frage die Anzahl der Fälle derzeit eruiert werde, man aber von einer zweistelligen Zahl der Fälle ausgehe, da das kein unübliches Verfahren sei. Die Prüfung werde jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da es bisher nur für die Jahre 2006 und 2007 eine elektronische Erfassung gebe. Hinzu komme, dass in den Jahren davor eine Erfassung nach anderen Kriterien erfolgte und sich 2005 auch das Verfahren geändert habe, so dass zahlreiche Akten „angefasst“ werden müssten. Bezüglich des zweiten Teils der Frage habe er nicht inhaltlich interveniert, sondern zur „Bearbeitung aufgefordert“.

Herr Schüler führt aus, dass es ihm bisher nicht bekannt gewesen sei, dass die Stadt Wert darauf lege, erst nach Abschluss der Maßnahme entsprechende Be- scheinigungen zu erteilen. Für ihn seien die Teilrechnungen nicht erstaunlich; erstaunlich sei für ihn, dass das Vorgehen des Oberbürgermeisters im Rathaus als bedenklich beurteilt und ein „Nebenschauplatz“ initiiert werde. Er halte das Eingreifen des Oberbürgermeisters für durchaus legal, wenn Mitarbeiter in der Verwaltung meinen, „sie müssten etwas nicht bearbeiten“.

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass die Redaktion des „Spiegel“ schein- bar mit Teilinformationen versorgt wurde. Er selbst habe auf die Anfrage der Re- daktion keine Stellung genommen. Deshalb wurden bereits presserechtliche Schritte seinerseits eingeleitet. Er bedauere, dass in diesem Zusammenhang auch andere Investoren und Bauvorhaben in Rede stehen, wie z.B. die Schlosstr. Hier sei das Verfahren absolut legitim und in enger Abstimmung mit

der Denkmalbehörde gelaufen.

Auf die Nachfrage von Frau Kirchner, warum kein Bußgeldverfahren eingeleitet wurde, wenn die rechtliche Prüfung ergeben habe, dass es möglich ist, antwortet der Oberbürgermeister, dass es lediglich einen rechtlichen Hinweis gegeben habe und kein Verfahren angedroht wurde.

Herr Cornelius betont, dass es auch die Pflicht eines Chefs der Verwaltung sei „sich zu kümmern und wenn etwas schief gehe, einzugreifen“. Dem stimmt der Oberbürgermeister zu, verweist aber darauf, dass auch ein Chef der Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden sei.

Im Weiteren werden die Nachfragen von Frau Dr. Schröter zum nicht eingeleiteten Bußgeldverfahren und dem konkreten Anlass der Dienstanweisung durch den Oberbürgermeister damit beantwortet, dass die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren und der Investor sich mit der Bitte um Unterstützung an den Oberbürgermeister gewandt habe.

Herr Krause fordert den Hauptausschuss auf, nicht nach dem Motto „wo Rauch ist, ist auch Feuer“ zu diskutieren.

Herr Schubert meint, dass der Zeitpunkt der Diskussion verwundere, die sich an die Kritik von Jauch und den Auftrag an Prof. Battis anschließe. Deshalb erscheine es ihm als eine Kompetenzstreitigkeit zwischen der ehemaligen Stellvertreterin und dem Chef der Denkmalbehörde. Er fragt nach, inwieweit disziplinarische Schritte gegen Frau Neuperdt geprüft werden, da sie sich bereits im Ruhestand befindet. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass auch Mitarbeiter im Ruhestand Angestellte der Verwaltung und somit zur Verschwiegenheit verpflichtet seien. Insofern sei das Verhalten von Frau Neuperdt zu missbilligen.

Frau Dr. Schröter und Frau Kirchner fragen im Weiteren nach dem Status des Gartens der Villa Gericke und dem Status eines Denkmals. Dazu erläutert Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass der Garten kein abgeschlossenes Denkmal sei, trotzdem greife aber der Umgebungsschutz und laut Denkmalsbereichssatzung werden entsprechende Genehmigungen benötigt.

Frau Paulsen verweist darauf, dass der Investor der Villa Gericke sehr vorbildlich saniert habe und es in der Stadt ganz andere „Ecken“ gebe, wo das nicht der Fall sei.

Abschließend verweist der Oberbürgermeister auf die Untersuchungen von Herrn Prof. Battis, zu denen im nicht öffentlichen Teil Informationen gegeben werden.

## **zu 15      Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem aktuellen Stand bezüglich des Tierheims. Der Oberbürgermeister verweist auf eine Behandlung im nicht öffentlichen Teil. Die Nachfrage von Herrn Schubert, dass er gehört habe, die Verwaltung habe bereits seit längerem eine Ausschreibung zum Tierheim geplant, verneint Frau E. Müller.